

Die imperiale Abschreckung

Klaus-Dieter Schwarz

Die USA und Rußland haben am 24. Mai einen neuen Abrüstungsvertrag unterzeichnet. Er soll »das Erbe des Kalten Krieges beseitigen«. Gleichzeitig denkt die Bush-Regierung über eine neue Strategie nach, die es ihr ermöglichen soll, die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen (MVW) abzuschrecken und notfalls auszuschalten. Nach kürzlich bekannt gewordenen Ergebnissen der Nuclear Posture Review (NPR) werden erwogen: der präventive Einsatz von Atomwaffen gegen MVW, die Entwicklung neuer Kernwaffen, die Wiederaufnahme von Kernwaffentests, eine neue Einsatz- und Zielplanung sowie der Aufbau einer neuen strategischen Triade für kombinierte konventionell-nukleare Operationen. Wie und warum verändert sich die amerikanische Abschreckungspolitik? Welchen Einblick gewähren der Abrüstungsvertrag von Moskau und die NPR in das strategische Denken der Regierung in Washington?

Amerika und Rußland wollen ihr strategisches Nuklearwaffenarsenal in den nächsten zehn Jahren von derzeit je rund 6000 auf 1700 bis 2200 Sprengköpfe reduzieren. Das ist ein »historischer« Fortschritt, zumal Präsident Bush diese Maßnahme zunächst einseitig und ohne Vertrag vornehmen wollte. Moskau bestand jedoch auf Unterzeichnung eines Vertrages – und der US-Senat ebenfalls, der ihm wie die Duma noch zustimmen muß.

»Dieser Vertrag liquidiert die Erbschaft des Kalten Krieges«. Diese Behauptung des amerikanischen Präsidenten ist sicherlich übertrieben, denn es bleiben Tausende Kernwaffen übrig. Immerhin ist der Vertrag ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen. Auch das zweite und wenig konkrete Dokument des Gipfeltreffens in

Moskau, die gemeinsame Erklärung über die »New Strategic Relationship«, beschreibt viele gute Absichten, deren Ernsthaftigkeit sich noch erweisen muß. Es geht darin um Themen wie politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bekämpfung von Terrorismus und MVW-Verbreitung, Raketenabwehr und strategische Sicherheit.

Ungeachtet dessen kann Präsident Putin, nimmt man Rußlands neue Rolle in der NATO hinzu, seinen Kurswechsel in der russischen Außenpolitik nach dem 11. September als Erfolg betrachten. Auch Bush hat erreicht, was er und das Pentagon von vornherein angestrebt haben: Reduzierungen und strategische Flexibilität für beide Seiten. Denn der Vertrag, knapp drei Seiten lang, enthält nichts, was die eigene Nuclear Posture einschränkt:

- ▶ Das Abkommen verlangt nicht die Zerstörung eines einzigen Trägersystems, Startsilos oder eines einzigen nuklearen Sprengkopfes.
- ▶ Die einzige wirkliche Beschränkung ist, daß beide Seiten am Ende der Vertragslaufzeit nicht mehr als 2200 Sprengköpfe im Arsenal ihrer aktiven Nuklearstreitkräfte haben dürfen.
- ▶ Jede Seite kann die vereinbarten Reduzierungen nach eigenem Ermessen vornehmen, sie auch umkehren und sogar rückgängig machen.
- ▶ Beide Seiten können den Vertrag verlängern oder durch einen neuen ablösen. Sie können ihn auch nach 90 Tagen kündigen (bisher 6 Monate).
- ▶ Beide Seiten können über Zusammensetzung und Struktur ihrer nuklearen Einsatzkräfte frei entscheiden. Die US-Streitkräfteplanung sieht bis 2012 vor: 14 Trident-U-Boote mit SLBMs, 500 Minuteman-II-ICBMs, 76 B-52H- und 21 B-2-Bomber.
- ▶ Operativ nicht einsatzbereite Sprengköpfe werden nicht auf die zulässige Gesamtzahl angerechnet, abgebaute können als »responsive force« in Reserve gehalten werden – welche und wie viele, wird im Vertrag nicht geregelt. Die USA beabsichtigen, mindestens 2400 Sprengköpfe einzulagern, die in unterschiedlich einsatzfähigem Zustand nach Wochen, Monaten oder innerhalb von drei Jahren reaktiviert werden können.
- ▶ Das Verifikationsregime des START-Vertrages bleibt weiterhin in Kraft.

Fragen und Widersprüche

Beseitigt dieser Vertrag tatsächlich die Hinterlassenschaft des Kalten Krieges? Abrüstungsbefürworter hätten den russischen Vorschlag vorgezogen: Absenkung der Höchstgrenze auf jeweils 1500 und Zerstörung der überzähligen Gefechtsköpfe. Addiert man dagegen die nach 2012 plus drei Jahren einsetzbaren amerikanischen Sprengköpfe in den strategischen Streitkräften und in der »responsive force«, so

ergeben sich insgesamt 4600 Stück. Zusätzlich existiert im US-Nuklearwaffenkomplex ein inaktiver Vorrat zerlegter Kernwaffen. Dazu gehören einige tausend Sprengköpfe, die über einen längeren Zeitraum ebenfalls reaktiviert werden können. Zwar wollen die USA auch Kernwaffen aus dem aktiven Bestand zerstören, aber es gibt keine vereinbarte Kontrolle entsprechender Maßnahmen, welche die Abrüstung unumkehrbar machen könnten. Beide Seiten tun sich unvermindert schwer, ihre nuklearen Infrastrukturen Rüstungskontrollen auszusetzen. Immerhin wollen sie über mehr Transparenz beraten. Zu diesem Zweck wird eine Konsultativgruppe für strategische Sicherheit unter Vorsitz der Außen- und Verteidigungsminister gebildet.

Beendet dieser Vertrag den strategischen Zustand der Mutual Assured Destruction (MAD)? Präsident Bush hat mehrfach die Überwindung der »gegenseitig gesicherten Vernichtung« durch gemeinsame Kooperation gefordert. Der Abrüstungsvertrag und die »New Strategic Relationship« sollen ein neues Verhältnis zwischen den beiden stärksten Nuklearmächten schaffen. Beide Seiten sind jedoch weit davon entfernt, ihre nuklearstrategischen Arsenale auf Fähigkeiten zu beschränken, die zur Abschreckung ausreichen, offensichtlich weniger aus politisch-strategischen Gründen, sondern aufgrund militärbürokratischer Trägheit. Dagegen können sich selbst Präsidenten nicht durchsetzen.

Markiert dieser Vertrag einen neuen Anfang in der Rüstungskontrollpolitik? Diese Frage ist klarer zu beantworten als die vorangehenden. Die Bush-Regierung hat stets geäußert, daß der START-Prozeß überholt, also die Ära komplizierter und langwieriger Rüstungskontrollverhandlungen beendet sei. Am schlichtesten brachte Verteidigungsminister Rumsfeld diese Ansicht auf den Punkt: »Rüstungskontrollverträge seien nichts für Freunde«. Bis zu wirklicher Freundschaft zwischen Amerika und Rußland ist der Weg indessen noch lang. Immerhin macht das neue Verhältnis bisherige Auflagen des START-Vertrages

überflüssig, wie die Zerstörung von aus-
gesonderten Trägersystemen, die Anrech-
nung nicht jederzeit einsatzbereiter
Gefechtsköpfe oder die halbjährige Kündi-
gungsfrist. Hinzu kommt, daß beide Seiten
die Sprengköpfe zwar reduzieren, aber in
die Reserve verlagern – eine Praxis, die
entstanden ist, weil die bisherigen Abkom-
men den Verbleib der abgebauten Gefechts-
köpfe nicht geregelt haben. Sie wird im
neuen Vertrag mit unterschiedlichen Kon-
sequenzen aufrechterhalten. Denn wäh-
rend Rußlands Potentiale aus Mangel an
finanziellen Mitteln veralten und sich quasi
von selbst dezimieren, können die USA ihre
Systeme fortlaufend modernisieren und
jeweils Nachfolgenerationen entwickeln,
die ab 2020 die alten ablösen sollen.

Das Ergebnis liegt auf der Hand: die Eta-
blierung der nuklearstrategischen Über-
legenheit Amerikas. Sie erfolgt jedoch nicht
gegen Rußlands Willen, sondern mit dessen
Einverständnis, obwohl Moskau seine Ein-
wände gegen die Konservierung strategi-
scher Kernwaffen anstelle ihrer Zerstörung
nicht aufgegeben hat. Doch der russische
Präsident wollte den Vertrag, um Rußlands
Status als Großmacht und Partner der USA
auf der strategischen Bühne zu unter-
mauern. Dafür hatte er zu akzeptieren, was
die USA ohne Vertrag sowieso tun bzw.
haben wollten: drastische Reduzierung der
einsatzfähigen Systeme und größtmögliche
Flexibilität für die Gestaltung ihrer künf-
tigen Nuklearstrategie und -streitkräfte. Bei-
des entspricht den Empfehlungen der NPR.

Nuclear Posture Review

Die Ergebnisse dieser Überprüfung der ame-
rikanischen Nuklearpolitik sind dem Kon-
greß Anfang des Jahres vorgelegt und in
einem Briefing des Pentagon der Öffent-
lichkeit in Umrissen mitgeteilt worden.
Zunächst wurde der Bericht nur in Exper-
tenkreisen beachtet. Darüber ist an dieser
Stelle berichtet worden (SWP-Aktuell 2/02,
Februar 2002). Anschließend sind Teile des
Geheimberichts der New York Times und
Los Angeles Times zugespielt und in diesen

Zeitungen publik gemacht worden (nach-
zulesen im Internet <www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm>). Die
Folge war eine lebhaft öffentliche Debatte.

Der Bericht enthält Überlegungen und
Vorschläge des Verteidigungsministers für
eine Anpassung der amerikanischen Ab-
schreckungsstrategie an die neue Sicher-
heitslage. Er enthält also keine politischen
Entscheidungen oder Richtlinien, die einer
Presidential Decision Directive vorbehalten
bleiben. Das ist in der Presseberichterstat-
tung nicht genügend beachtet worden.
Der Bericht läßt aber deutlich erkennen,
in welche Richtung die amerikanische
Nuklearpolitik tendiert.

Grundsätzlich betont die NPR, daß
Nuklearwaffen für die USA und für die
Sicherheit ihrer Verbündeten weiterhin
eine wesentliche Rolle spielen. Abschrek-
kungsstrategie und Nuklearstreitkräfte
müssen allerdings an neue Bedrohungen
und neue technische Entwicklungen ange-
paßt werden.

Szenarien: Die NPR definiert drei Kriegs-
fälle für den Einsatz von Kernwaffen: nahe-
liegende, mögliche und unerwartete. Sie
ordnet diesen Fällen potentielle Gegner zu.
Zum ersten Fall zählen bekannte Bedrohun-
gen wie ein Angriff des Irak auf Israel oder
seine Nachbarn, ein nordkoreanischer Ein-
marsch in Südkorea oder eine militärische
Konfrontation wegen des Status von
Taiwan. Rußland bleibt eine starke Nuklear-
macht und trotz neuem Verhältnis zu den
USA eine potentielle Gefahr, deren Eintritt
aber nicht erwartet wird. China gilt auf-
grund seiner strategischen Zielsetzungen
und Potentiale als naheliegende und mög-
liche Bedrohung. Die fünf »Schurken-
staaten« Nordkorea, der Irak, Iran, Syrien
und Libyen könnten in alle drei Bedrohun-
gen involviert sein, weil sie sich betont
amerikafeindlich verhielten und im Ver-
dacht stünden, MVW zu besitzen bzw. ihren
Besitz anzustreben und den Terrorismus zu
unterstützen.

Washington hat den Einsatz von Atom-
waffen nie ausgeschlossen, falls die USA
oder Verbündete mit MVW angegriffen wür-

den. Auch die sogenannte negative Sicherheitsgarantie gegenüber Nicht-Nuklearstaaten ist rechtlich nicht verbindlich. Neu ist allerdings, daß die NPR erstmals seit Ende des Kalten Krieges die Adressaten benennt und die Umstände beschreibt, die einen nuklearen Einsatz möglich oder notwendig machen können: gegen Ziele, die konventionellen Waffen widerstehen; als Vergeltung für den Einsatz von MVW; und im Fall »überraschender militärischer Entwicklungen«. Das läßt Nuklearplanern viel Spielraum, zumal die bisherige programmierte Zielplanung des Single Integrated Operation Plan (SIOP) durch ein flexibles System der Ad-hoc-Planung ersetzt wird.

Neue Triade: Die USA wollen ihre bisher rein nukleare und offensive strategische Triade umbauen in einen Verbund aus nuklearen und konventionellen, offensiven und defensiven Fähigkeiten: nukleare und konventionelle Angriffskräfte, Mittel zur aktiven und passiven Verteidigung sowie eine wiederbelebte Forschungs- und rüstungsindustrielle Infrastruktur für Entwicklung, Produktion und Instandhaltung nuklearer Angriffs- und Verteidigungssysteme. C²I-Systeme verbinden alle Teile zu einem Ganzen, so daß die USA über ein breites Spektrum militärischer Optionen für eine Vielzahl von Konflikten in einer dynamischen Umwelt verfügen. Dazu gehören Informationskriegführung und eine strategische Raketenabwehr, die bis 2008 einsatzbereit sein soll.

Neue Kernwaffen: Die NPR empfiehlt die Entwicklung neuer Waffen zur Zerstörung biologischer und chemischer Kampfmittel sowie harter und tief eingegrabener Ziele. Die Rede ist von »Agent Defeat Weapons«, von konventionellen Sprengbomben und »Mini-Nukes«, die sich tief ins Erdreich bohren und dabei Fels und Beton durchschlagen, ehe sie detonieren.

Solche »Penetratoren« gibt es bereits, konventionelle Bomben sowie seit 1997 Atombomben des Typs B61-11, eine Modifikation der in Europa stationierten US-Kernwaffen. Allerdings dringen sie nur wenige Meter in Erdschichten und Beton ein,

während Bunkeranlagen mehrere hundert Meter tief gebaut werden können. Fachleute bezweifeln, daß Waffen mit der nötigen Eindringtiefe entwickelt und bunkerbrechende Kernwaffen, die sehr geringen bzw. bei weit unterirdischer Detonation keinen radioaktiven »fallout« verursachen, hergestellt werden können. Gleichwohl ist bekannt, daß die Atomlabors in den USA seit Jahren an Plänen zum Bau von »Mini-Nukes« arbeiten.

Das Neue ist, daß solche Pläne erstmals Eingang in ein so wichtiges Dokument wie die NPR finden. Sie erhalten dadurch autoritativen Charakter. Falls sie verwirklicht werden, ist die Wiederaufnahme von Nukleartests nur noch eine Frage der Zeit. Im Haushalt 2003 sind bereits Mittel für Studien zur Modifizierung existierender Kernwaffen und für Maßnahmen zur Erhöhung der Testbereitschaft beantragt.

Bewertung

Die Vorschläge stellen eine deutliche Abweichung von der bisherigen nuklearen Strategie, Doktrin, Streitkräftestruktur und Rüstungskontrollpolitik der USA dar. Die letzte NPR von 1994 ließ noch alles beim alten, weil damals nicht zu erkennen war, in welche Richtung sich Rußland entwickeln würde. Inzwischen ist klargeworden, daß die MAD-Strategie überholt ist und nicht mehr zur Abschreckung von Gegnern taugt, »deren Wertvorstellungen und Risikobeurteilungen von Gewinn und Verlust andere bzw. schwieriger erkennbar sind als bei früheren Gegnern« (zitiert aus dem NPR-Bericht).

Auch die alte nukleare Ordnung löst sich auf, beruhend auf dem System der Abschreckung der anerkannten Nuklearmächte und dem des Verzichts der übrigen Staaten auf nukleare Bewaffnung, da die Verbreitung von MVW und weitreichenden Trägermitteln in Konfliktregionen und an problematische Staaten – möglicherweise auch an nicht-staatliche Akteure bzw. Terroristen – nach amerikanischer Überzeugung unaufhaltsam voranschreitet.

Dieses Proliferationsproblem, wenn es virulent würde, bedroht nicht nur Amerikas militärische Handlungsfähigkeit in regionalen Konflikten, sie bedroht vor allem Amerikas Glauben an die eigene Unverwundbarkeit, den die Terrorangriffe vom 11. September erschüttert haben. Wie sehr das Thema MVW in den Mittelpunkt der amerikanischen Bedrohungswahrnehmung gerückt ist, beweist eine Folie, die das Pentagon bei seiner Präsentation der Ergebnisse der NPR aufgelegt hat:

- ▶ 12 Nationen haben Nuklearwaffenprogramme,
- ▶ 28 Nationen haben ballistische Raketen,
- ▶ 13 Nationen haben biologische Waffen,
- ▶ 16 Nationen haben chemische Waffen.

Auf diese dramatisch veränderte strategische Umwelt reagieren die USA mit einem umfassenden Programm zur Transformation ihrer Strategie und Streitkräfte, gestützt auf Ergebnisse der Revolution in Military Affairs (RMA). Durch Anwendung und Verknüpfung hochmoderner Technologien soll eine wesentliche Steigerung sämtlicher militärischer Fähigkeiten zur Beherrschung des gesamten Risikospektrums (Full Spectrum Dominance) erreicht werden. Die RMA soll demselben Zweck militärischer Macht wie bisher dienen, nur noch besser: Abschreckung und, falls sie nicht funktioniert, Kriegführung – hochintensiv, präzise und vernichtend, vor allem möglichst ohne eigene Verluste, was für die Akzeptanz des Einsatzes militärischer Gewalt wesentlich ist.

Die RMA transformiert auch die strategischen Streitkräfte, wie Struktur und Konzept der neuen Triade zeigen. Die alte wird durch drei neue Komponenten ergänzt: weitreichende Präzisionswaffen, Raketenabwehr und eine leistungsfähige nukleare Infrastruktur. Das entscheidende Novum ist, daß nukleare und konventionelle Waffen bzw. Einsatzoptionen nicht mehr klar voneinander getrennt sind, sondern miteinander verknüpft werden. In der Tendenz bedeutet das: Die nukleare Schwelle würde undeutlich.

Eine ähnliche Entwicklung gab es in der NATO-Strategie der Flexiblen Reaktion, die im Rahmen der konventionellen Vorverteidigung auch den Einsatz von taktischen Kernwaffen vorsah. Sie ist jedoch nicht mit der sich abzeichnenden vergleichbar, wie manche Kommentatoren behaupten: Die neue Triade impliziere die Absenkung der nuklearen Schwelle. Damals ging es um den Ausgleich konventioneller Schwäche. Heute verfügen die USA über eine beispiellose militärische Überlegenheit und über konventionelle Waffen, die mit hoher Zielgenauigkeit über weite Distanzen Wirkungen erzielen, die bisher nur mit Nuklearwaffen erreichbar waren.

Andererseits können heute Kernwaffen mit geringen Detonationswerten und stark reduzierter Strahlung entwickelt werden, die sich für selektive Einsätze eignen, beispielsweise auch für präemptive zur Zerstörung von MVW-Kapazitäten im akuten Bedrohungsfall – eine Option, die zur Zeit des Kalten Krieges undenkbar war, nach dem 11. September aber vorstellbar wird. Beide Entwicklungen haben Auswirkungen auf die Abschreckung und Bedeutung nuklearer Potentiale.

Zum einen können konventionelle Waffensysteme und elektronische Mittel der strategischen Kriegführung die Abhängigkeit von Atompotentialen in militärischen Konflikten deutlich verringern. Sie stärken auch die Abschreckung, da ihr Einsatz glaubwürdiger ist. Im Fall eines Konflikts mit einem Gegner, der MVW besitzt, kann die Androhung einer nuklearen Reaktion die Abschreckung wiederherstellen, ohne die Drohung wahrzumachen. Solch eine Warnung vor »stärkstmöglicher Antwort« auf einen Angriff mit biologischen oder chemischen Waffen wurde vor Beginn der Gegenoffensive im Golfkrieg 1991 ausgesprochen. Nach dessen Ende verriet Bush senior allerdings, daß seine Regierung beschlossen hatte, auf keinen Fall Nuklearwaffen einzusetzen. Bush junior verfügt heute über noch wirksamere konventionelle Mittel für strategische Operationen, um in Krise oder Krieg eine Eskalation zum

nuklearen Konflikt zu vermeiden. Und da große Kriege zwischen Großmächten oder Machtblöcken sehr unwahrscheinlich geworden sind, könnte der Bedarf an Kernwaffen stärker als beschlossen sinken.

Zum anderen darf man konventionelle Streitkräfte und die Steigerung ihrer Wirkung durch Informationstechnologien nicht überschätzen. Sie sind auf absehbare Zeit nicht fähig, alle oder die meisten strategischen Ziele zu vernichten, insbesondere MVW. Außerdem kosten hochmoderne Bewaffnung und Feuerkraft viel Geld. Entsprechende Einsatzmittel sind nicht in den Mengen zu beschaffen, die erforderlich sind, um die abschreckende Wirkung der Atomwaffe zu ersetzen. Das wissen auch potentielle Gegner. Deswegen streben sie danach, die überragende militärische Macht der USA abzuschrecken, insbesondere durch Besitz von Kernwaffen und weitreichenden Raketen. Er verschafft ihnen wie den USA den Status eines Sanktuariums, wenn auch ohne gesicherte Zweitschlagfähigkeit. Da die USA aber nicht bereit sind, die Abschreckung mit zweit- oder gar drittklassigen Mächten zu teilen, wollen sie an nuklearstrategischer Überlegenheit festhalten.

Zugleich stellt die Weiterverbreitung von MVW die strategischen Planer im Pentagon vor die Frage, wie sie die Rolle der Kernwaffe ins Spiel bringen können gegen die neuen MVW-Bedrohungen, auch als ein Mittel der Kriegführung. Dies führt, wie in der NPR angedacht, zur Entwicklung von militärisch nutzbaren nuklearen Optionen. Und da sich die Frage nach dem Risiko der nuklearen Eskalation heute anders stellt als zur Zeit des globalen Ost-West-Konflikts, kann die verminderte Wahrnehmung dieses Risikos den Einsatz der Kernwaffe eher möglich machen und jenen konventioneller Streitkräfte ohnehin.

Neue Abschreckung

Die angestellten Überlegungen werfen mehr Fragen auf als sie beantworten. Das ist in einer Zeit wachsender Ungewißheit

und Unberechenbarkeit nicht anders zu erwarten. Es geht letztlich darum, ob und wie Strategien der Abschreckung und Kriegführung auf die neuen Bedrohungen durch MVW abgestimmt sind. Die traditionellen Konzepte helfen nicht, dieses Problem zu lösen. Deswegen suchen die USA nach neuen Abschreckungskonzepten, die anstelle der Vergeltungsdrohung (punishment) stärker die Fähigkeit des Verwehrens (denial/counterforce) betonen, beispielsweise durch strategische Raketenabwehr und präventive Zerstörung von MVW.

Dabei spielen neben dem amerikanischen Vertrauen in technologische Lösungen für neue Sicherheitsprobleme auch neue organisatorische Strukturen wie die Jointness zur Optimierung von integrierter Planung und Operation eine große Rolle. Dieses für das Zusammenwirken der Teilstreitkräfte entwickelte Konzept wird auf die neue Triade übertragen, die nukleare und konventionelle Fähigkeiten nicht mehr trennt, sondern integriert. Das bedeutet: Die strategische Flexibilität wird erweitert und zugleich das seit 57 Jahren bestehende Tabu des Kernwaffeneinsatzes aufgeweicht. Dies führt nicht nur zur Suche nach neuen Aufgaben für nukleare Abschreckung, die mit konventionellen Kräften nicht lösbar sind. Es führt auch zur Entwicklung neuer Kernwaffen und zur Betonung des möglichen Einsatzes der Kernwaffe anstelle ihrer bisherigen Rolle als »Waffe der letzten Zuflucht«.

Diese neuen Denkansätze finden sich in der NPR wieder, aber nicht nur dort, sondern auch in der Quadrennial Defense Review (QDR) 2001, die der NPR vorausgegangen ist und in welcher die konzeptionellen Fundamente für den Wandel der Militärstrategie und Streitkräfte gelegt worden sind. Die in beiden Dokumenten aufgezeichneten Elemente einer neuen Strategie der konventionellen Kriegführung und nuklearen Abschreckung kommen freilich nicht von ungefähr, sondern sind ihrerseits Derivate einer »grand strategy« der amerikanischen Supermacht, die insbesondere im Pentagon ideologisch beheimatet

ist – und das schon, seit Vizepräsident Cheney unter Bush senior dort Verteidigungsminister war und seine politischen Vorstellungen über die neue Weltordnung und die Rolle der USA darin als »the world's pre-eminent power« in der Defense Planning Guidance von 1992 hat aufschreiben lassen. Das kommt heute wieder zum Vorschein (vgl. Nicholas Lemann, *The Next World Order*, in: *The New Yorker*, 1.4.2002) und greift auf eine Richtung des strategischen Denkens zurück, die bereits in der Reagan-Ära von sich reden gemacht hat.

Damals war die strategische Debatte stark beeinflusst von Mitgliedern des Committee on the Present Danger, die später in wichtige Regierungsämter aufstiegen. Heute vertreten neokonservative Regierungsmitglieder ähnliches Gedankengut. Dazu gehören Vizepräsident Cheney, Verteidigungsminister Rumsfeld, sein Stellvertreter Wolfowitz und sein politisch-ideologischer Berater Perle.

Wie damals bewegt die Vertreter dieser Denkrichtung auch jetzt die Frage, wie mit dem »Bösen« umzugehen ist. Die Antworten gleichen sich: nutzbare Kernwaffen, strategische Raketenabwehr und drastische Steigerung der Verteidigungsausgaben auf mittlerweile 1 Milliarde Dollar pro Tag. Damals hieß die Aufgabe, Amerika zur Führung des »zweiten Kalten Krieges« gegen die Sowjetunion stark zu machen. Heute, nach dem 11. September, geht es um die »globale amerikanische Führung« des Kampfes gegen Terrorismus und »Schurkenstaaten« mit MVW, zunächst auf demselben Kriegsschauplatz, auf dem das Ende der Sowjetmacht begann – und der Aufstieg der USA zur alleinigen Weltmacht, gestützt auf überragende militärische Überlegenheit, gewiß auch auf ihre Werte, Wirtschaft und Technologie.

Entscheidend im militärischen Sinne des Wortes sind die »capabilities« zur Lösung der Sicherheitsprobleme im »neuen amerikanischen Zeitalter« – wie im Golfkrieg, auf dem Balkan und zuletzt am Hindukusch, der sich schon häufiger als Wendepunkt in der imperialen Konjunktur der jüngeren

Weltpolitik erwiesen hat. Jedenfalls hat der 11. September den rechten Flügel der ansonsten eher realpolitisch gesonnenen Republikaner deutlich gestärkt – so deutlich, daß er sich in der Bush-Doktrin und in Kraftwörtern wie »Achse des Bösen« zu Gehör bringen kann.

Auswirkung auf die Rüstungskontrolle

In der Vergangenheit waren die USA meist die treibende Kraft, wenn es darum ging, die Proliferation von MVW und Trägersystemen mit Hilfe von internationalen Verträgen und Regimen einzudämmen. So entstanden der nukleare Nichtverbreitungs-(NV-)Vertrag, die Übereinkommen zum Verbot biologischer Waffen (BWÜ) und chemischer Waffen (CWÜ) sowie die internationalen Exportkontrollen zur Verhinderung der Ausbreitung von Raketen und Raketentechnologie im Rahmen des Missile Technology Control Regime (MTCR). Diese Verträge und Instrumente sind heute aus unterschiedlichen Gründen gefährdet – vor allem aber, weil die USA auf diesem Gebiet nunmehr eine unilaterale Politik betreiben.

Neokonservative Kräfte in den USA sind nicht bereit, die nationale Sicherheit und Souveränität multilateralen Rüstungskontrollen zu unterwerfen. Sie wollen Amerikas Interessen durch unilaterale Maßnahmen schützen. Solche können zwar auch dem Konzept der Rüstungskontrolle dienen, wie der einseitige Verzicht der USA auf biologische Waffen 1969 oder die einseitige Reduzierung taktischer Kernwaffen 1991. Aber strategische Raketenabwehr und Kündigung des ABM-Vertrages oder Nicht-ratifizierung des nuklearen Teststoppvertrages dienen diesem Ziel nicht. Vielmehr distanzieren sich die USA damit von ihren Zusagen, sich ernsthaft um Fortschritt in der nuklearen Abrüstung zu bemühen, die sie bei der Verlängerung des NV-Vertrages zu Protokoll gegeben haben; und sie verleiten andere Staaten dazu, ihrem Beispiel zu folgen. Insbesondere der Teststoppvertrag war Teil der Absprache

zwischen den Nuklear- und Nichtnuklearwaffenstaaten, den NV-Vertrag unbefristet zu verlängern. Sollten die USA sich an das Moratorium nicht mehr halten, könnte der mit der NV-Politik errichtete Damm endgültig brechen, nachdem einige Vertragsmitglieder ihn schon unterhöhlt und Nicht-Vertragsmitglieder sich bereits außerhalb des Regimes als Nuklearmächte angesiedelt haben. Das hätte erhebliche Nachteile für die USA und negative Folgen für die gesamte Weltordnung.

Derzeit sind in Washington jene an der Macht, die der Rüstungskontrollpolitik skeptisch gegenüberstehen. Sie suchen nach Sicherheit nicht auf der Basis kooperativer Lösungen, sondern durch militärische Überlegenheit auf allen Ebenen, in allen Bereichen und allen Räumen, auch im Weltraum. Die Neokonservativen nennen das nicht Weltherrschaft, sondern Weltpolitik eines »wohlwollenden Imperiums« – nach dem Motto: Was gut ist für Amerika, ist gut für die Welt.

Folgen für Europa

Die Alte Welt hat Zweifel, ob die amerikanische Globalstrategie gut für sie ist. Gewiß können die Europäer das Thema MVW nicht ignorieren, da sie selbst in die Reichweite von Raketen geraten sind und Europa Zielgebiet terroristischer Anschläge geworden ist. Aber sie sind skeptisch, daß es technische Lösungen für diese politischen Probleme gibt. Für sie ergibt begrenzte Raketenverteidigung auch nur Sinn, wenn nuklear abgerüstet wird und Kernwaffen an Bedeutung verlieren.

Es wäre angebracht, die Bush-Regierung an das gültige Strategische Konzept der NATO von 1999 zu erinnern. Darin heißt es: »Der grundlegende Zweck der nuklearen Streitkräfte der Bündnispartner ist politischer Art: Wahrung des Friedens und Verhinderung von Zwang und jeder Art von Krieg«. Und an anderer Stelle: »Die Bündnispartner sind der Auffassung, daß angesichts der radikal veränderten Sicherheitslage [...] die Umstände, unter denen ein

Einsatz von Kernwaffen in Betracht zu ziehen wäre, in äußerster Ferne gerückt sind«. Eine Änderung der NATO-Strategie steht nicht zur Debatte. Folglich werden sich die Europäer auf einen pragmatischen Dissens mit den Verfechtern einer neuen US-Nukleardoktrin einzustellen haben, falls sie so, wie im NPR vorgezeichnet, beschlossen wird.

Der Abrüstungsvertrag von Moskau läßt das Problem der taktischen Kernwaffen völlig außer acht. In der Bush-Administration hat dieses Thema derzeit keine Priorität. Vor allem die taktischen, in schlecht bewachten Depots gelagerten Kernwaffen Rußlands – nach westlichen Schätzungen zwischen 4000 und 10 000 – stellen eine große Proliferationsgefahr dar, weil sie bzw. deren nukleare Materialien entwendet und eine Beute für Terroristen werden können. Es ist an der Zeit, diesem Problem größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Darauf müßte Europa verstärkt hinwirken, vor allem im neuen NATO-Rußland-Rat.

Zugegeben: Für die Europäer ist in der neuen amerikanischen Globalstrategie wenig Platz. Das zeigt sich an der Marginalisierung des NATO-Bündnisses, trotz Erklärung des Bündnisfalls, und in der rein instrumentellen Kooperation in der Anti-Terror-Allianz unter amerikanischer Führung. Dagegen ist gegenwärtig wenig auszurichten, solange das imperiale Benehmen der amerikanischen Weltmacht andauert.

Bisher hat Europa kein Rezept gefunden, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Deshalb sollte es, statt den Zustand der transatlantischen Beziehungen zu beklagen, die Zeit besser nutzen, indem es die eigene Agenda in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) voranbringt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org